



So könnte eine Brücke über das Eschlipper Tal (ohne Tal-Anbindung) aussehen.

Fotomontage: BI-Pro Wiesenttal

Die Bürger müssen sich beteiligen

VERKEHR Vier geplante Ortsumgehungen spalten im Landkreis Forchheim die Bürger. Gegner wie Befürworter können nun auf eine flächendeckende Bürgerbefragung hoffen, die das Bundesverkehrsministerium ab November starten will.

VON UNSEREM MITARBEITER
ALEXANDER HITSCHFEL

Forchheim – Kommen sie oder kommen sie nicht? Das ist die Frage bei den vier geplanten Ortsumgehungen im Landkreis Forchheim, die beim Bundesverkehrsministerium beantragt sind. Natürlich gibt es Befürworter als auch Gegner. Ob die Projekte (Wimmelbach, Oesdorf, Ostspange Forchheim, Ebermannstadt) realisiert werden, wird sich zeigen. Sie geraten auf jeden Fall immer mehr zu einem Politikum. Am vergangenen Dienstag machte die „Bürgerinitiative pro Wiesenttal ohne Ostspange“ (BIWO) gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Pro Wiesenttal“ aus Ebermannstadt mobil und übergab ihren Forderungskatalog an MdB Martin Burkert, Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag.

Argumente Kosten und Natur

Christian Kiehr, stellvertretender Vorsitzender der Bürgerinitiative „Pro Wiesenttal“ machte für seine Gruppierung deutlich, dass man für eine Streichung beziehungsweise für eine Nichtaufnahme des Projektes „Ortsumgehung Ebermannstadt“ in der vorgelegten Form sei. Be-

„*Alles ist möglich, besonders weil der Bundesverkehrsminister aus Bayern kommt.*“



“
Martin Burkert
SPD-MdB

kanntlich soll die Ortsumfahrung mit zwei Tunnelbauwerken und einer Talquerung des Eschlipper Tales mit Brücke die Stadt Ebermannstadt auf einer Länge von 4,5 Kilometer nördlich umgehen. Heinrich Kattenbeck, Vorsitzender der BIWO, übergab an Burkert eine Petition, mit der sich die Bürgerinitiative gegen den vierspurigen Ausbau der Ostspange ausspricht. Eine solche Petition hat Kattenbeck bereits im Landtag einge-

bracht. Die Hauptargumente: Kosten von derzeit geschätzten 134 Millionen Euro (für alle vier Projekte im Landkreis) und mehr sowie der „Frevel an der Natur“ stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen eines solchen Projektes. Laut Kattenbeck würde Forchheim trotz Umgehung immer noch auf 70 Prozent des Ziel- und Quellverkehrs sitzen bleiben.

Burkert legte dar, dass in der gesamten Bundesverkehrswegeplanung 1600 Straßenprojekte mit einem Investitionsvolumen von 117 Milliarden Euro enthalten seien; darunter 366 Projekte in Bayern und davon wiederum 220 Ortsumgehungen. „Von den Ortsumgehungen wird nur eine Handvoll übrig bleiben.“ Nachdem der Bund nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgehe, habe man einen Kriterienkatalog erstellt. Hierzu würden Kosten-Nutzenverhältnis, Bedeutung für den Bund, Umweltschutz und Raumwiderstand gehören. Unter Berücksichtigung dieser Punkte soll ein Ranking ermittelt werden, welches dann auch veröffentlicht wird. Dann sollen Bürger, Initiativen, Städte und Gemeinden ihre Meinungen und Bedenken über die Internetplattform des Bundesverkehrsministeriums äußern kön-

nen. „Das sollten die Bürger auf alle Fälle auch tun.“

Eine hohe Bedeutung für den Bund könnte laut Burkert bei der B 470 durchaus gegeben sein. Spannend sei die Frage, wie sich das Argument des Flächeneingriffs niederschläge. Burkert wollte wissen, wie sich die CSU im Landkreis zu diesem Thema stelle. „Die CSU ist pro Ostspange“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Reiner Büttner. Nicht zuletzt deswegen, weil man in der CSU der Meinung sei, die Kosten auf den Bund abwälzen zu können. Bei Kleinprojekten hingegen müsse der Landkreis die Kosten übernehmen.

Auch kleinere Lösungen denkbar

„Der Bund finanziert auch kleinere Maßnahmen“, widersprach Burkert und zeigte auf, dass man im Verkehrswegeplan Investitionsvolumen in einer Spanne von 20 000 Euro bis 200 Millionen Euro erfasst habe. Denkbar wäre also durchaus auch eine „kleine Lösung“, die vom Bund mitfinanziert oder auch alleinfinanziert werden könne. Letztendlich komme es darauf an, welchen Platz die Projekte beim Ranking einnehmen. „Wenn ein Projekt auf Platz 1200 steht, dann braucht man keine Beden-

ken zu haben. Kommt es jedoch unter die Top 50, könnte es eng werden.“

Die Kuh ist besonders für die Gegner der Ostspange noch lange nicht vom Eis. „Alles ist möglich, besonders weil der Bundesverkehrsminister aus Bayern kommt“, so Burkert.

Da könne es schon manche Überraschung geben. Bedenken haben indes die beiden Bürgermeisterinnen Anja Gebhardt (Kirchehrenbach) und Christiane Meyer (Ebermannstadt), die fürchten, dass eine Realisierung der Ostspange und der Ortsumgehung Ebermannstadt auch dazu führen könnte, dass sowohl Kirchehrenbach als auch Ebermannstadt zu „Geisterstädten“ werden. „Wir müssen schließlich auch an unsere heimische Geschäftswelt denken“, so Meyer.

Abschließend machten sowohl Burkert als auch der ebenfalls angereiste MdB Andreas Schwarz (SPD) klar, dass nun die Bürgerschaft gefordert sei. Sie müsse sich im Rahmen der Bürgerbefragung des Bundesverkehrsministeriums im Internet, die ab November starten soll, intensiv zu Wort melden. Nur so bekomme man auch in Berlin Stimmungsbilder von den Situationen vor Ort.